

Newsletter 02/04

der Gleichstellungsbeauftragten der

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

erstellt am Campus Essen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Interessierte,
der neue Newsletter möchte Ihnen wieder einen Überblick über aktuelle
Entwicklungen und Informationen zu Themen aus dem Arbeitsfeld
Frauenförderung und Gleichstellung an Hochschulen geben. Die Rubrik
Hochschulpolitik widmet sich dem Thema Eliteförderung. Ist es Zufall,
dass in diesem Zusammenhang nicht von Frauen die Rede ist?

Mit freundlichem Gruß
Ihre Bärbel Rompeltien
und das Team des Gleichstellungsbüros

Inhalt

1. UNIVERSITÄT DUISBURG-ESSEN
2. HOCHSCHULPOLITIK
3. FORSCHUNGSFÖRDERUNG
4. INTERNATIONALER FRAUENTAG 2004
5. FORTBILDUNG
6. GESUNDHEIT/ ALLGEMEINES
7. VERANSTALTUNGEN
8. PUBLIKATIONEN

1. UNIVERSITÄT DUISBURG-ESSEN

o **Ansprechpartner für Gleichstellung im Rektorat**

Das Gründungsrektorat hat dem Prorektor für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs Herrn Prof. Dr. Hasselbrink (Chemie) im Rahmen seiner internen Arbeitsteilung die Zuständigkeit für den Bereich *Gleichstellung* zugewiesen. Dies ist erfreulich, weil damit deutlich wird: Gleichstellung und Frauenförderung sind Aufgaben insbesondere der Führungsebene der Universität – ganz im Sinne des Landesgleichstellungsgesetzes (§ 1 LGG).

o **Gleichstellungskommission**

Die Gleichstellungskommission hat sich mit dem Thema *Kinderbetreuung* an der Universität Duisburg-Essen beschäftigt. Ein erster Überblick zeigt, das Betreuungsangebot ist für studierende Eltern gering, für beschäftigte Eltern völlig unzureichend. Diskutiert wurde, welche Angebote sinnvoll, wünschenswert und machbar sind, z.B.

- Unterstützung beschäftigter Eltern bei der Organisation der Kinderbetreuung,
- Angebot einer flexiblen Kurzzeit oder Notfallbetreuung,
- hochschuleigenes Angebot einer Kinderbetreuung,
- Angebote für Ferienzeiten.

Unerwartet war die Feststellung, dass es schwer ist, den möglichen Bedarf abzuschätzen, da z.B. für den Campus Essen keine Zahlen vorliegen (wie viele Eltern, Altersstruktur der Kinder etc.)

Die Kommission hat deswegen die Gleichstellungsbeauftragten gebeten, zunächst den Bedarf und das Interesse bei beschäftigten Eltern näher zu erkunden. Die Vorbereitungen dazu sind im Gange.

o **Grundordnung**

Der Entwurf einer neuen Grundordnung für die gemeinsame Universität liegt vor und wird am 20. Februar im erweiterten Senat diskutiert. Die vorgeschlagenen Regelungen sehen eine Gleichstellungsbeauftragte und bis zu drei Stellvertreterinnen vor, die nach Möglichkeit aus den unterschiedlichen Gruppen der Universität kommen.

o **Neuordnung**

Das Rektorat hat seinen Vorschlag zur Fächerzuordnung zum Campus Duisburg oder zum Campus Essen und seine Vorstellungen zur neuen Organisationsstruktur dem Senat zugeleitet. Der Senat wird sich in zwei Sitzungen (20.02. und 02.03.) mit diesem Komplex beschäftigen. Nach Benehmensherstellung entscheidet das Rektorat.

o **Wahlen**

Bisher sieht der Fahrplan vor, dass auf der Grundlage der neuen Grundordnung im Sommersemester die Gremien der Universität gewählt werden, d.h. Senat, erweiterter Senat, Fachbereichsräte, Gleichstellungsbeauftragte. Wenn Sie interessiert sind, in den Gremien

mitzuarbeiten, z.B. auch in den zentralen Kommissionen (für Lehre, Finanzen, Gleichstellung usw.), sollten Sie sich bei den Gleichstellungsbeauftragten melden. Wir informieren Sie gern!

- **Vorlesungsverzeichnisse SoSe 2004 erhältlich**

„Frisch eingetroffen sind die neuen Vorlesungsverzeichnisse der Universität Duisburg-Essen. Enthalten sind sämtliche Lehrveranstaltungen des Sommersemesters, das am 19. April beginnt. Beide Übersichten sind über den Buchhandel erhältlich. Das Duisburger Verzeichnis kostet 3,60 Euro, der Preis für die Essener Ausgabe beträgt 4,60 Euro.“

Quelle: http://www.uni-duisburg-essen.de/home/fb/presse/presse_allg/presse_05.02.2004_03762.shtml

2. HOCHSCHULPOLITIK

Elite-Universitäten für Deutschland?

Innovationsoffensive, Elite-Universitäten – diese und ähnliche Schlagworte haben in jüngster Zeit hierzulande zahlreichen Diskussionen ausgelöst. Der Rektor der Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Lothar Zechlin, erteilte der Idee zur Schaffung eines *deutschen Harvard* eine klare Absage (vgl. u.a. NRZ Essen, 10.01.04; NRZ Duisburg, 12.01.04). Im Folgenden haben wir zu Ihrer Information einige informative Stellungnahmen, Meinungen und Ergebnisse aus diesem Kontext zusammengestellt.

- **Stellungnahme des DFG-Präsidenten Prof. Ernst-Ludwig Winnacker zur Einrichtung einer Elite-Universität (06.01.2004)** „Der DFG Präsident begrüßt den Vorschlag der SPD zur Stärkung des Forschungs- und Bildungsstandortes Deutschland. Insbesondere unterstützt er die Vorschläge, die auf eine Stärkung der Universitäten abzielen.“ Den gesamten Text können Sie unter folgendem Link einsehen:
http://www.dfg.de/aktuelles_presse/reden_stellungnahmen/2004/download/eliteuni_win_060104.pdf
- **GEW-Bundesvorsitzende Eva-Maria Stange kritisiert Diskussion um Elite-Universitäten** „Die Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eva-Maria Stange, hat sich gegen eine Elite-Universität in Deutschland ausgesprochen. ‚Wer Spitze will, muss die Breite fördern!‘ Weiter unter: http://www.gew-hessen.de/index.php?id=44&backPID=44&begin_at=10&tt_news=1122

- **Ergebnisse einer Onlineumfrage zum Thema Elite-Universitäten**, an der insgesamt über 1000 Studierende und Hochschul-Mitarbeiter teilgenommen haben:
<http://www.eliteuni.de.vu/> Informationen zur Umfrage unter:
<http://www.asta.uni-potsdam.de/sonst/ausgabe.php3?textfile=734>

3. FORSCHUNGSFÖRDERUNG

- **Frauenspezifische Fördermöglichkeiten, Förderinstitutionen, Nachwuchsförderung etc.**

Auf der Website der LNHF (*Landeskonferenz Niedersächsischer Hochschulfrauenbeauftragter*) befindet sich eine gute Übersicht zu frauenspezifischen Fördermöglichkeiten, Förderinstitutionen, Nachwuchsförderung und aktuellen Nachrichten der Forschungsförderung. Die Zusammenstellung finden Sie unter folgendem Link:

<http://lnhf.gwdg.de/links.php?op=viewlink&cid=17>

- **Sofja Kovalevskaja-Programm für Spitzennachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler**

Auch in 2004 zeichnet die Alexander von Humboldt-Stiftung Spitzennachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus dem Ausland mit dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gestifteten *Sofja Kovalevskaja-Preis* aus. Der Preis soll die Finanzierung einer eigenen Arbeitsgruppe an einer deutschen universitären oder außeruniversitären Forschungsinstitution ermöglichen und daneben zur Deckung des Lebensunterhalts der Preisträgerinnen bzw. -träger dienen. Bewerbungsschluss ist der **15. März 2004**. Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen finden Sie unter <http://www.humboldt-foundation.de/kovalevskaja>

4. INTERNATIONALER FRAUENTAG 2004

Veranstaltung in Duisburg: Weichen stellen. Demographischer Wandel - Frauen – Frauenpolitik

Die nordrhein-westfälische Frauenministerin Birgit Fischer lädt anlässlich des diesjährigen *Internationalen Frauentages* zu einer Veranstaltung zum Thema ‚**Demographischer Wandel**‘ ein. Gäste sind u.a. Prof. Dr. **E. Beck-Gernsheim** (Universität Erlangen), Dr. **S. Gaschke**, (Journalistin/DIE ZEIT). Sie können sich bis zum 24.02.2004 per [Flyer](#) anmelden. Mehr Informationen unter:
<http://www.frauenrw.de/vst/index.php?id=1337&returnurl=../index.php>

5. FORTBILDUNG

3. Fortbildungslehrgang *Managing Gender & Diversity* ab März 2004

Managing Diversity bearbeitet soziale Unterschiede in Geschlecht, Ethnie, Alter, Religion, Lebensstil, sozialer Schicht. Ziel ist die Herstellung von Chancengleichheit in Organisationen und Institutionen.

Managing Gender & Diversity fokussiert insbesondere die sozialen Bedingungen der Konstruktion von Geschlecht.

Quelle: <http://www.kircheundgesellschaft.de/kda/documents/managing-gender-diversity-fortbildung.pdf>

Der Fortbildungslehrgang *Managing Gender & Diversity* umfasst Theorie- und Praxismodule. Sie sind einzeln buchbar. Mit begleitender Supervision und Abschlusskolloquium wird die Teilnahme vom Zentrum für Weiterbildung der Universität Dortmund zertifiziert.“ Das Gesamtprogramm als PDF finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.kircheundgesellschaft.de/kda/documents/managing-gender-diversity-fortbildung.pdf>

Anmeldung und Informationen u.a. bei

Weiterbildende Frauenstudien der Universität Dortmund
Emil-Figge-Str. 50 . 44221 Dortmund
Verena Bruchhagen, Tel. (02 31) 755-28 53
E-Mail: VBruchhagen@fb12.uni-dortmund.de

Institut für Kirche und Gesellschaft
Berliner Platz 12 . 58638 Iserlohn
Friederike Höher, Tel. (0 23 71) 352-151
E-Mail: f.hoeher@kircheundgesellschaft.de

6. GESUNDHEIT/ ALLGEMEINES

- **Praxis der Hormonverschreibung vor, während und nach den Wechseljahren**

Durch neuere Studien über Hormontherapien in den Wechseljahren liegen nun valide Daten vor, die einen geringeren Nutzen und ein deutlich höheres Risiko für Krebserkrankungen als bislang angenommen beschreiben. Zu Ihrer Information können Sie [hier](#) einen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Praxis der Hormonverschreibungen an Frauen in den Wechseljahren sowie einen Redebeitrag der Sprecherin der SPD für die Enquetekommission, Inge Howe MdL einsehen.

- **Neue Besoldungstabellen für Beamtinnen und Beamte**

Unter folgendem Link finden Interessierte die neuen Besoldungstabellen für verbeamtete Mitarbeiterinnen (gültig ab 01. April 2004):

http://www.gew.de/aktuellnletter/frame_gehalt.html

7. VERANSTALTUNGEN

- **Lernen auf internationalem Niveau – Eine internationale Schule für das Ruhrgebiet**

Die *RISE Ruhr International School Essen*, die von Anbeginn Kinder ab drei Jahren aufnehmen wird, richtet sich an Familien aus dem Ausland, die ihren Kindern mit einem Englisch sprechenden Umfeld die Integration erleichtern möchten. Aber auch deutsche Eltern sind angesprochen, diejenigen, die vielleicht selbst vor einer Karriere im Ausland stehen. Im Rahmen des MEDUSE-Jour-fixe am Mittwoch, **25. Februar 2004** (Beginn: 18.30 Uhr, Casino Gästezentrum, Reckhammer Weg 3, Campus Essen), stellt Carola Hirsch, Projektmanagerin der *RISE Ruhr International School Essen*, das Konzept dieser Schule vor. Weiter Informationen dazu erhalten Sie bei Suzana Scharlibbe vom MEDUSE-Team unter 0201-183-4286 bzw. unter meduse@uni-essen.de

Bereits jetzt möchten wir Sie auch schon auf den MEDUSE-Jour-fixe im März 2004 hinweisen:

- **Die Mailänder Philosophinnen: „Um groß zu werden - in jeglichem Sinne -, braucht sie eine Frau, die größer ist als sie.“** (Liberia delle donne di Milano, 1988)

Ort: Casino Gästezentrum; Zeit: 18.30 Uhr, 31.03.2004.

- **SIETAR-Kongress 2004, 31.03 bis 04.04.04 an der Berliner Humboldt-Universität**

„Cultures in Transition‘ – kulturelle Veränderungsprozesse stehen im Mittelpunkt der Jahreskonferenz der *Gesellschaft für Interkulturelle Erziehung, Training und Forschung* (SIETAR), die vom 31.03 bis 04.04.04 an der Berliner Humboldt-Universität stattfindet. In den Workshops und Vorträgen werden Rahmenbedingungen und Auswirkungen der zahlreichen kulturellen Transformationen für Unternehmen, Individuen sowie öffentliche und private Organisationen untersucht. Experten für internationale Zusammenarbeit aus der Wirtschaft und von global agierenden Organisationen berichten aus der Praxis über Stand und Perspektiven des interkulturellen Managements.“ Weitere Informationen: SIETAR Deutschland e.V., Michael Thiel, Tel. 0621/717 90 02, E-Mail: thiel@sietar-deutschland.de, Internet: www.sietar-deutschland.de oder www.sietarcongress2004.de

- ***„Und jedermann erwartet sich ein Fest‘ – Die Zukunft des deutschen Theaters. 48. Loccumer Kulturpolitisches Kolloquium, 20. bis 22. Februar 2004***

Diese Tagung der Evangelischen Akademie Loccum in Zusammenarbeit mit der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Bonn findet vom 20. bis 22. Februar 2004 in der Tagungsstätte Loccum statt. Aus dem Inhalt: „Die Frage nach der Zukunft des deutschen Theaters ist auch eine Frage an die Gesellschaft, in welche Richtung sie insgesamt gehen will, was ihr wichtig ist, worauf sie verzichten will oder nicht zu verzichten gedenkt und welchen Preis sie bereit ist, dafür zu zahlen. [...] Welche Rettungs-, Mischungs-, Auflösungs- und Neugründungsideen gibt es, die der Debatte über die Zukunft des zeitgenössischen Theaters eine von Initiative und Produktionslust getriebene Wendung geben könnten?“

Anmeldung und weitere Informationen unter:

<http://www.loccum.de/program/p0408.html>

- **Workshop *Orientierung und Partizipation mit Hilfe elektronischer Vernetzung* am 26.02.2004 in Berlin**

„Egal, ob Sie sich eher zu den Web-Neulingen zählen oder zu den versierteren Userinnen: Solange Sie frauenpolitisch interessiert sind und das WWW zur (weiteren) Vernetzung nutzen wollen, sollten Sie die Gelegenheit wahrnehmen, an einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Workshop teilzunehmen.“ Anmeldung und weitere Informationen unter:

<http://www.digitale-chancen.de/content/events/index.cfm?key=653&url.secid=1> und unter <http://www.fczb.de>

- **13. Hochschultage Berufliche Bildung 2004 – Berufsbildung in der globalen Netzwerkgesellschaft: Quantität – Qualität – Verantwortung, 10. bis 12. März 2004 an der Technischen Universität Darmstadt**

Aus dem Inhalt: „Die Hochschultage Berufliche Bildung finden seit 1980 im Abstand von zwei Jahren an wechselnden Hochschulstandorten statt. Sie haben sich zu einem etablierten Forum für Fachleute entwickelt, die sich wissenschaftlich, politisch und praktisch mit gegenwartsbezogenen und zukunftsorientierten Fragen der beruflichen Bildung beschäftigen.“ Das Programm finden Sie unter folgendem Link:

http://www.hochschultage-2004.de/pdf/ht_2004_flyer-web.pdf

- **Neue Steuerungsmodelle für Bildung und Wissenschaft. Schule – Hochschule – Forschung. Tagung in Speyer am 15. und 16. März 2004**

Aus dem Inhalt: „Internationale Vergleiche belegen heute, dass Deutschland bei Bildungsqualität, Bildungsinstitutionen und Bildungsinvestitionen in Rückstand geraten ist. Für Staat und Politik erwächst daraus ein breiter Reformbedarf: Neben der Neuausrichtung der Bildungs- und Sozialpolitik betrifft er die administrative Steuerung der Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen. Hier setzen die neuen Steuerungsinstrumente der Verwaltungsmodernisierung an und versprechen mehr Leistungsfähigkeit in Zeiten knapper Ressourcen.“ Weitere Informationen und Anmeldung unter:

<http://www.hfv-speyer.de/FORTBILD/95T064.pdf>

8. PUBLIKATIONEN

- **„Promovieren in Europa - Ein internationaler Vergleich von Promotionsbedingungen“**

Im Auftrag der Max-Träger- und der Hans-Böckler-Stiftung sowie der GEW haben Antonia Kupfer und Johannes Moes die interessante Kurzstudie „Promovieren in Europa - Ein internationaler Vergleich von Promotionsbedingungen“ herausgegeben. Die Studie kann hier heruntergeladen werden:

http://www.gew.de/netkey_projekte/netzwerke/doktorandinnen/file_uploads/promovieren_in_europa.pdf

- **„Perspektiven deutscher Wissenschaftlerinnen in der EU Forschungsförderung“**

Die o.g. Studie wurde im Auftrag der Kontaktstelle *Frauen in die EU-Forschung* im EU-Büro des BMBF erstellt und befasst sich detailliert mit den Gründen für die geringe Beteiligung deutscher Wissenschaftlerinnen an den Forschungsrahmenprogrammen der EU. Ergebnis der Studie ist u.a., dass mit strukturellem und finanziellem Engagement der verantwortlichen Akteurinnen und Akteure die Partizipation deutscher Wissenschaftlerinnen an den EU-Forschungsrahmenprogrammen deutlich erhöht werden kann. Download unter:

http://www.eubuero.de/arbeitsbereiche/fraueneuforschung/Links/Download/dat_fil_561

- **Netzwerk Frauenforschung NRW: Forschungsbericht 2001/2002**

Das Netzwerk Frauenforschung hat seinen zweiten Forschungsbericht herausgegeben. Der Bericht informiert über die Forschungsaktivitäten aller im Netzwerk zusammengeschlossenen Professorinnen in den Jahren 2001 und 2002. Der Zweite Forschungsbericht der Koordinationsstelle des Netzwerks wird als Download unter <http://www.netzwerk-frauenforschung.de> unter dem Menüpunkt *Veröffentlichungen* angeboten.

Das 1986 vom NRW-Wissenschaftsministerium eingerichtete **Netzwerk** umfasst mittlerweile **58 Professorinnen und 75 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen**, die zu Frauen- und Geschlechterforschung in 27 Fachdisziplinen an 17 Hochschulstandorten arbeiten. So wird auch im Bericht ein breites Themenspektrum behandelt. Unterteilt ist er in die Themenbereiche Multikulturalität und Globalisierung, Kultur, Sport und Religion, Pflege, Gesundheit und Ökologie, Bildung und Wissenschaft sowie Arbeit und Raum.

Weitere Informationen: Netzwerk Frauenforschung Nordrhein-Westfalen, Koordinationsstelle: Prof. Dr. Ruth Becker, Dr. Beate Kortendiek, Frauenforschung und Wohnungswesen i.d. Raumplanung, Universität Dortmund, 44221 Dortmund, Tel: 0231-755-5142, Fax: 0231-755-2427, E-Mail: kortendiek@netzwerk-frauenforschung.de.

- **Gleichstellungsorientierte Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen. Eine bundesweite Bestandsanalyse**

„Die Analyse setzt bei dem Gedanken der Verbreitung und Erweiterung von kommunaler Förderung für Mädchen und jungen Frauen an. Es geht um die Praxis geschlechterorientierter Arbeit ihre Themen, Chancen und Hindernisse. [...] Warum ist diese Studie erst jetzt gemacht worden? Eine Bestandsaufnahme und Analyse in der hier erarbeiteten Vielsichtigkeit und Vielschichtigkeit hat bisher gefehlt. [...] Gerade angesichts leerer Kassen und Überlegungen zur Schließung von *Frauenprojekten*. Diese Bestandsanalyse gibt nicht nur Impulse für die praktische Arbeit, sie zeigt

Bedarfe, Möglichkeiten und Strategien, und sollte zur Unterstützung der politischen Entscheidungsfindung herangezogen werden.“

Daigler, C. (2003): Gleichstellungsorientierte Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen. Eine bundesweite Bestandsanalyse, Leverkusen (ISBN 3-8100-3765-6. 33,90 EUR).

Quelle: http://www.socialnet.de/rezensionen/0402daigler_wellner.html

- **Gleichstellung in der Forschung. Organisationspraktiken und politische Strategien**

„Das Fazit des Buches vorweg: Gender Mainstreaming ist auch für den Bereich des gegenwärtigen Wandels von Wissenschaftsorganisationen in Europa eine Erfolg versprechende, gleichstellungspolitische Strategie. [...]Ziel des Buches ist, konkrete Ansätze für eine effektive Ausgestaltung und Umsetzung gleichstellungspolitischer Konzepte vorzustellen. Dies gelingt in einer inspirierenden Weise durch ein großes Repertoire an Beispielen aus verschiedensten Tätigkeitsfeldern. Nun gilt es, die Ärmel hochzukrempeln und mit Ausdauer am eigenen Ort anzupacken!“

Quelle: CEWS - Newsletter Nr.23/ 2004 - 30.Januar 2004

Matthies, H./Kuhlmann, E./Oppen, M./Simon, D. (Hg.) (2003): Gleichstellung in der Forschung. Organisationspraktiken und politische Strategien, Berlin.

Impressum:

Herausgeber

Büro der Gleichstellungsbeauftragten Universität Duisburg-Essen, Campus Essen

Redaktionsadresse

Universitätsstr. 12, 45141 Essen

Fon: 0201/183-4261

Fax: 0201/183-4013

E-Mail: claudia.koehne@uni-essen.de

gleichstellungsbeauftragte@uni-essen.de

URL: <http://www.uni-essen.de/gleichstellungsbeauftragte/>

Düsseldorf, 19. Dezember 2003

HM/sk

besonderer Verteiler

Die

Praxis der Hormonverschreibung vor, während und nach den Wechseljahren

Liebe Frauen,
sehr geehrte Damen,

Fraktion

in der Anlage übersenden wir zu Ihrer Kenntnis einen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, zur Praxis der Hormonverschreibungen an Frauen in den Wechseljahren, den wir am Mittwoch, den 17. Dezember 2003 im Plenum verabschiedet haben sowie den Redebeitrag der Sprecherin der SPD für die Enquetekommission, Inge Howe MdL.

Wir freuen uns, dass es gelungen ist aus der Mitte der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ diesen fraktionsübergreifenden Antrag plenar zu diskutieren und abzustimmen. Leider hat die Fraktion der F.D.P. diesen Antrag nicht mitgetragen und stattdessen einen eigenen Entschließungsantrag eingebracht, den wir abgelehnt haben.

Mit diesem Antrag haben wir auf die Ergebnisse eines Gutachtens, das im Auftrag der Enquetekommission zur Praxis der Hormonverschreibung in Deutschland vergeben wurde, reagiert. Wir haben die Landesregierung, Kreise und kreisfreien Städte in NRW sowie die Ärztekammern und kassenärztlichen Vereinigungen neben den Ärztinnen und Ärzten aufgefordert, Informations- und Aufklärungskampagnen zu den internationalen wissenschaftlichen Erkenntnissen im Umgang mit Hormonersatztherapie durchzuführen, um eine verbesserte Aufklärung der Patientinnen und Ärzteschaft mit dem Ziel einer deutlichen Senkung der Verschreibungszahlen zu bewirken. Einzelheiten bitte ich dem beigefügten Antrag zu entnehmen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie die Erkenntnisse dieses Antrages an Interessierte weiterleiten.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung unter der Telefonnummer: 0211/884-2632.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Astrid Hopstein

[Zurück zum Newsletter](#)

15.12.2003

NEUDRUCK!

Antrag

**der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Patientinnen schützen – derzeitige Praxis der Hormonverschreibungen vor, während und nach den Wechseljahren verändern

I. Wechseljahre sind keine Krankheit

Das Klimakterium stellt für viele Frauen eine wichtige Umbruchphase in ihrem Leben dar. Dabei gibt es jedoch eine große Variationsbreite und kulturelle Unterschiede bzgl. des Auftretens von körperlichen Erscheinungen, die mit der Menopause bzw. den sog. „Wechseljahren“ verknüpft sind. So zeigen kulturvergleichende Studien, dass das Leitsymptom des Klimakteriums, die Hitzewallungen, beispielsweise in Japan viel geringer ausgeprägt sind als in Deutschland. Und auch innerhalb einer Kultur variieren sowohl das Auftreten als auch die Stärke von Wechseljahrserscheinungen. Wechseljahre sind keine Krankheit.

Im medizinischen Umgang mit den Wechseljahren in Deutschland ist nach wie vor ein Modell wirksam, wonach die Veränderungen des Hormonspiegels als ein Mangel gesehen werden, dem durch eine „Hormonersatz“-Therapie begegnet werden kann. Gleichzeitig fanden kritische Stimmen, die auf die Gefahren einer unnötigen Medikalisierung einer natürlichen Lebensphase von Frauen und deren weiterreichende Folgen, bis hin zu einem erhöhten Krebsrisiko aufmerksam machten, erst mit zunehmender Evidenz Beachtung. Wechseljahrshormone sind in Deutschland die am häufigsten verordneten Arzneimittel für Frauen im Lebensabschnitt zwischen 50 und 59 Jahren sind. Ein Vergleich der Verordnungszahlen zeigt weiter, dass diese sich in Deutschland von 1987 bis 1995 von etwa 100 Mio. sog. „definierte Tagesdosen“ auf etwa 1 Mrd. Tagesdosen verzehnfacht haben und dass diese Hormone in Deutschland im Durchschnitt über einen längeren Zeitraum verordnet und eingenommen werden als in anderen westlichen Industrieländern.

Dieser Anstieg kann nicht allein in einer entsprechenden Zunahme objektiver Befunde bei Frauen begründet sein. Vielmehr dürfen u. a. auch gesellschaftliche Entwicklungen und wirtschaftliche Interessen eine Rolle gespielt haben. Inzwischen ist eine Minderung der Verordnungszahlen zu verzeichnen, die allerdings hinter anderen Industrienationen, wie z. B. den USA, Kanada und GB, zurückbleibt.

Datum des Originals: 15.12.2003/Ausgegeben: 15.12.2003

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

II. Gesundheitsgefahren durch Hormontherapie

Aufgrund internationaler Studien zur „Hormonersatz“-Therapie in den USA (WHI-Studie Juli 2002, HERS-Studien, 1998) und in Großbritannien (Millionen-Frauen-Studie, August 2003) sind besorgniserregende Zahlen von Krebserkrankungsrisiken bei Frauen nach der Einnahme von Wechseljahrshormonen bekannt geworden. Danach ließen sich die lange Zeit angenommenen positiven Auswirkungen der Hormontherapie auf Krankheiten wie Herzinfarkt oder Osteoporose nicht oder nur in stark eingeschränktem Maße bestätigen, auf der anderen Seite zeigte sich in den verschiedenen Studien jedoch eine teilweise drastische Zunahme von Erkrankungsrisiken für

- Brustkrebs um etwa 26%
- Herzinfarkte um etwa 30%
- Schlaganfälle um etwa 40%
- Komplikationen durch Beinvenenthrombosen und Lungenembolien um etwa 100%
- Gallenblasenerkrankungen um knapp 50%
- und des Eierstockkrebses.

Nach einer Hochrechnung und Prognose, die im Zusammenhang mit einem von der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ des Landtags NRW in Auftrag gegebenen Gutachtes von Prof. Dr. Greiser vom Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin erstellt wurde, geht der Autor davon aus, dass mehr als 120.000 Erkrankungsfälle innerhalb von 10 Jahren in Deutschland Folge einer „Hormonersatz“-Therapie seien. Dabei handele es sich insbesondere um

- etwa 100.000 Frauen, die an Brustkrebs erkranken (- von denen innerhalb von fünf Jahren ca. 27.000 Frauen versterben-)
- etwa 20.000 Frauen, die an Gebärmutterkrebs erkranken (- von denen innerhalb von fünf Jahren ca. 6000 Frauen versterben-) sowie
- etwa 6.000 Frauen, die an Eierstockkrebs erkranken (- von denen innerhalb von fünf Jahren ca. 3900 Frauen versterben-)

In den USA wurden die entsprechenden Studien zur Erforschung der Wirkung von Wechseljahrshormonen als Konsequenz aus den dortigen Erkenntnissen vorzeitig abgebrochen. Dort und in vielen anderen Ländern gehen seitdem die Verordnungszahlen für Wechseljahrshormone deutlich zurück. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass eine langjährige Hormontherapie in der Regel nicht abrupt abgebrochen werden kann, sondern schleichend abgesetzt werden sollte. Hinsichtlich der beschriebenen Risiken ist davon auszugehen, dass die kardiovaskulären Risiken sich vermutlich relativ kurzfristig nach Absetzen der Hormontherapie normalisieren, während die durch die Hormoneinnahme bestehenden Krebsrisiken sich zumindest sehr viel langsamer abbauen. Es ist deshalb besonders wichtig, den Patientinnen Hinweise zu geben, wie sie durch ihr Verhalten die bestehenden Risiken reduzieren können. Dazu gehören das Ernährungs- und Bewegungsverhalten, die Vermeidung von Übergewicht, das Vermeiden der Aufnahme zusätzlicher Karzinogene wie sie z.B. im Zigarettenrauch, in bestimmten Herbiziden oder bestimmten Holzschutzmitteln vorkommen.

Auch die Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft setzt sich in ihren kürzlich veröffentlichten Empfehlungen zur Hormontherapie im Klimakterium kritisch mit den o.g. Studienergebnissen auseinander und hält eine Hormontherapie nur bei ausgeprägten Wechseljahrsbeschwerden mit Beeinträchtigung der Lebensqualität für vertretbar, und zwar nach ausführlicher Beratung und gründlicher individueller und gemeinsamer Nutzen-Risiko-Abwägung mit der Patientin.

III. Strategien zur Senkung der Hormongaben entwickeln

Der Landtag erwartet von der Landesregierung und den Verantwortlichen im Gesundheitswesen in NRW Initiativen zur Reduzierung der bestehenden Gesundheitsrisiken zu ergreifen, in deren Zentrum eine verbesserte Aufklärung von Patientinnen und Ärzteschaft mit dem Ziel einer deutlichen Senkung der Verschreibungszahlen stehen sollte.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine bundesweite Aufklärungskampagne zur Hormonsubstitution und zu alternativen Umgangsweisen mit Beschwerden beispielsweise über die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung durchgeführt wird.
- Wechseljahresprobleme und Probleme der Hormontherapie in die Aufklärungsaktionen des MGSFF aufzunehmen und hierzu insbesondere umfassende Internetinformationen im Rahmen des NRW-Gesundheitsportals bereitzustellen.
- gemeinsam mit den Verantwortlichen im Gesundheitswesen NRW eine Bestandsaufnahme über die Verschreibungshäufigkeit zu erarbeiten und auf ein Monitoring der Entwicklung in den kommenden Jahren hinzuwirken.
- die Träger des öffentlichen Gesundheitsdienstes durch Bereitstellung von Informationen zu unterstützen.

Darüber hinaus appelliert der Landtag an

- die Kreise und kreisfreien Städte in NRW, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der öffentlichen Aufklärung zu beteiligen.
- die Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen in NRW, den niedergelassenen und den Krankenhausärzten und -ärztinnen, besonders der Fachgebiete Gynäkologie und Allgemeinmedizin, über ihre Fortbildungsmedien weiterhin Informationen zu den internationalen wissenschaftlichen Erkenntnissen im Umgang mit Hormonersatztherapie anzubieten. Ein besonderes Augenmerk ist auf Frauen mit Langzeithormontherapien zu richten.
- die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, besonders des Fachgebietes Gynäkologie ihre Beratungs- und Verschreibungspraxis kritisch zu überprüfen.
- die Krankenkassen, die bei ihnen versicherten und ratsuchenden Frauen umfassend nicht nur über Nutzen sondern besonders auch über die Risiken der Hormonbehandlung durch Flyer, Internetauftritte sowie Artikel in ihren hauseigenen Zeitschriften aufzuklären.

Edgar Moron
Carina Gödecke
Inge Howe
Horst Vöge
Michael Scheffler

und Fraktion

Dr. Jürgen Rüttgers
Helmut Stahl
Ursula Doppmeier

und Fraktion

Sylvia Löhrmann
Johannes Remmel
Marianne Hürten

und Fraktion

Düsseldorf, 17. Dezember 2003
HM/sk

„Patientinnen schützen - derzeitige Praxis der Hormonverschreibungen vor, während und nach den Wechseljahren verändern“

Die

Anrede,

Die Enquetekommission ist durch zwei Gutachten, zum Thema „Hormonersatztherapie in den Wechseljahren“, darauf aufmerksam gemacht worden, dass die derzeitige Praxis der Hormonverschreibungen vor, während und nach den Wechseljahren ein erhebliches Gesundheitsrisiko für eine große Zahl von Frauen in NRW darstellt.

Fraktion

Aufgrund internationaler Studien zur Hormonersatztherapie in den USA und in Großbritannien sind besorgniserregende Zahlen von Krebserkrankungsrisiken bei Frauen nach der Einnahme von Wechseljahrshormonen bekannt geworden. Insbesondere zeigte sich eine teilweise drastische Zunahme von Erkrankungsrisiken für Brustkrebs, Herzinfarkte, Schlaganfälle, Komplikationen durch Beinvenenthrombosen und Lungenembolien, Gallenblasenerkrankungen und Eierstockkrebs.

Die große Studie in den USA wurde deshalb vorzeitig abgebrochen. In den USA und in Großbritannien gehen aufgrund dieser Erkenntnisse die Verordnungszahlen für Wechseljahrshormone deutlich zurück.

Die Erkenntnisse aus den Studien sind durchaus auf deutsche Verhältnisse übertragbar.

Allerdings werden in Deutschland nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen anders als die F.D.P. in ihrem Entschließungsantrag behauptet, hat sich die Verordnungspraxis seitdem nur unwesentlich geändert.

Die klimakterischen Beschwerden werden von vielen Medizinerinnen und Medizinern als ein Mangel gesehen, dem in der Regel durch eine Hormonersatztherapie begegnet wird.

Wechseljahrshormone sind in Deutschland die am häufigsten verordneten Arzneimittel für Frauen im Lebensabschnitt zwischen 50 und 59 Jahren.

Die Enquetekommission hat diese Ergebnisse für so drastisch erachtet, dass es nicht zu verantworten wäre, abzuwarten bis der Bericht im Sommer 2004 vorliegt. Die Hochrechnungsergebnisse und die Prognose des Gutachtens von Prof. Greiser implizieren sofortigen Handlungsbedarf.

Dies war Anlass für alle Mitglieder der Enquetekommission einen Antrag zu formulieren, der diese Problematik aufzeigt, und die Landesregierung zu Maßnahmen auffordert, die die derzeitige Praxis der Hormonverschreibung vor, während und nach den Wechseljahren verändert. Dies soll vor allem durch entsprechende Aufklärungs- und Informationskampagnen geschehen.

Selbst die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft, hat Empfehlungen zur Hormontherapie im Klimakterium veröffentlicht, die eine Verschreibung nur noch bei ausgeprägten Wechseljahrsbeschwerden mit Beeinträchtigung der Lebensqualität für vertretbar hält.

Der Landtag fordert neben der Landesregierung die verantwortlichen Akteure im Gesundheitswesen in NRW auf, Initiativen zur Reduzierung der genannten Gesundheitsrisiken zu ergreifen.

Hierbei geht es nicht darum, - wie die FDP behauptet - in das Arzt- Patienten- Verhältnis einzugreifen.

Es geht vielmehr darum, sicherzustellen, dass die Frauen über den Inhalt der internationalen Erkenntnisse umfassend informiert werden. Das dieses nicht geschieht, belegt eine neue Internetrecherche der Webseiten gynäkologischer Praxen durch die Uni Bremen die besagt, dass es auf 80 % der Seiten die WHI-Studie kritisiert wird und als „statistische Spielerei“ oder „Aufhetzkampagne der Presse“ deklariert wird.

Und 68 % der Webseiten befürworten Hormontherapien, keine einzige lehnt sie ab. Nur 9 % informiere ausgewogen. Das bestätigt, die derzeitig geübte Praxis sieht anders aus und der Entschließungsantrag der FDP ist als reine Klientelpolitik zu bewerten.

Deshalb besteht umgehender Handlungsbedarf. Die Frauen müssen aufgeklärt und damit in die Lage versetzt werden, gemeinsam mit dem Arzt eine informierte Nutzen-Risiko-Entscheidung treffen zu können.

Ich freue mich ganz besonders, dass es gelungen ist, aus der Mitte der Enquetekommission heraus einen so wichtigen Antrag so kurzfristig zu beschließen und ins Parlament einzubringen.

Deshalb bitte ich um Zustimmung für unseren Antrag und den FDP Antrag abzulehnen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!